

Politik im Klimawandel – Keine Macht für gerechte Lösungen?

DVPW-Kongress vom 21. bis 25. September 2008 in Kiel

KATHARINA VOLK

Die Welt im Klimawandel: Neu sind die Diskurse zum Klimawandel nicht. Dieser ist indes nicht mehr nur Sujet naturwissenschaftlicher Diskussionen oder politischer Praxis. Auch die Politikwissenschaft sieht sich (auf-)gefordert, die Analyse des Klimawandels auf ihre Agenda zu setzen. Auf dem Kongress der DVPW organisierte der AK „Politik und Geschlecht“ ein Panel zum Thema „Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit“. Die Aktualität des Themas wird unter anderem angesichts des im Dezember 2009 anstehenden UN-Klimagipfels in Kopenhagen deutlich. Auch die globale Frauenbewegung sieht in Kopenhagen ein Schlüsselmoment, um ihre Forderungen in die Verhandlungen über ein neues Regelwerk nach dem Kyoto-Abkommen einzubringen. Nadia Johnson (WEDO, New York) verwies in ihrer Keynote darauf, dass Frauen noch immer im Abseits der politischen Diskussionen und Verhandlungen zum Klimawandel stehen. Laut Nadia Johnson gestalte sich die politische Mobilisierung derzeit jedoch schwer; so könne nicht – wie erwartet – an den Erfolg der internationalen Frauenbewegung in Rio (UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung) angeknüpft werden.

Wie der Titel des Panels ankündigt, stand zum einen die theoretische Auseinandersetzung mit Konzepten gesellschaftlicher Naturverhältnisse sowie mit Gerechtigkeitsvorstellungen im Zentrum der Vorträge. Zum anderen wurde der Zusammenhang von Geschlechtergerechtigkeit und Klima diskutiert. Einen theoretischen Zugang zum Thema gesellschaftlicher Naturverhältnisse suchte die Philosophin Susanne Lettow (Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien). Sie plädierte in ihrem Vortrag für eine Wiederaufnahme von Materialität und Naturalität in die feministische Theorie und kritisierte sodann die in den letzten Jahren vollzogene Verwerfung der Konzepte von Natur. Eine interessante Perspektive auf Naturverhältnisse in der Umweltwissenschaft brachte Tanja Mölders (Leuphana Universität Lüneburg) ein. Mit ihrem Vortrag griff sie u.a. auf feministische (Natur-)Wissenschaftskritik zurück, um den Zusammenhang von gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen zu eruieren. Sehr anschaulich wurde hier am Beispiel des Artenschutzkonfliktes zwischen Bachforelle und Biber deutlich, welche absurden praktischen Konsequenzen sich aus der vermeintlichen Objektivität des Begriffs Natur ergeben können. Aus einer sozial-ökologischen Perspektive widmete sich Ines Weller (Universität Bremen/Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Zentrum Gender Studies) der kritischen Auseinandersetzung mit der Objektivität naturwissenschaftlicher Daten. Bis dato gebe es wenig gesichertes Wissen über Konsumverhalten und Umweltwirkungen. Diese Unsicherheiten werden in der Forschung jedoch häufig als „ob-

jektive“ naturwissenschaftliche Daten dargestellt. Dadurch bestünde die Tendenz sowohl zur „naturwissenschaftlichen Überhöhung“ als auch zur „Generalisierung der Gestaltungsmacht privater KonsumentInnen“.

Klimapolitische Instrumente aus Geschlechterperspektive diskutierte Birte Rodenberg (Consultant, Berlin) und fragte nach den Gründen der Geschlechtsblindheit des Klimadiskurses. So werde der Klimawandel nur als globales, naturräumliches Phänomen betrachtet und die lokale Ebene kaum in den Blick genommen, hier aber seien Geschlechterdisparitäten deutlich erkennbar. Liane Schalatek (Heinrich-Böll-Stiftung, Nordamerika) untersuchte die Klimafinanzierung und stellte fest, dass dabei Geschlechterindikatoren und -leitlinien fehlen. Kontrovers diskutiert wurde der Vortrag „Der Kampf um wessen Gerechtigkeit? Geschlecht und Macht in indigenen Bewegungen“ von Miao-ling Lin Hasenkamp (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg), in welchem sie sich positiv auf den Ökofeminismus bezog.

Auf dem DVPW-Kongress ist im Zusammenhang mit dem Klimawandel viel über Gerechtigkeit diskutiert worden. Selten war dabei Geschlechtergerechtigkeit Thema. So wurde nur allzu deutlich, wo Geschlechtergerechtigkeit in der politischen Wissenschaft steht: außerhalb des Mainstreams. Dass Gender noch immer nicht „gemainstreamt“ ist, kritisierte denn auch Dagmar Vinz (Freie Universität Berlin) zu Beginn ihres gemeinsamen Vortrages mit Ulrike Röhr (Gender CC – Women for Climate Justice) zu „Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik“. Vinz forderte einen Paradigmenwechsel in der Politikwissenschaft, die sich verstärkt mit normativ-ontologischen Ansätzen, Transdisziplinarität und Zukunftsforschung auseinandersetzen sollte. Ulrike Röhr merkte an, dass die Gerechtigkeitsperspektive überwiegend im Kontext der Anpassung (in Bezug auf Klima) aufgegriffen werde. Nur mit Markt- und Technikinstrumenten werde gegen Klimawandel vorgebeugt, kritisierte Röhr. Systemimmanente Lösungen (green new deal) seien nur begrenzt wirksam und stellten nur Übergangsansätze dar. Wirksamer sei eine Systemveränderung und mit ihr einhergehend eine Umgestaltung von Struktur- und Konsummustern. Am Ende des Panels wurde konstatiert, dass Geschlechtergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, der Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles sowie die Finanzkrise nur gemeinsam zu lösen seien. Dies hieße jedoch auch, dass grundsätzliche Veränderungen notwendig sind. Widersprochen hat dem keineR der Anwesenden. So wurde in diesem Panel durchaus eine kritische Perspektive eingenommen, bestehende Strukturen und gängige Positionen wurden hinterfragt – nicht nur aus diesem Grund waren die Diskussionen äußerst inspirierend, sondern auch aufgrund der Interdisziplinarität der Vortragenden.

Weitere Informationen unter: www.dvpw.de/kongresse/dvpw2009.html